

V-53 Ländliche Regionen in den Fokus bündnisgrüner Politik stellen

Gremium: KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Beschlussdatum: 02.10.2024
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes
Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 Sehr viele Menschen in Deutschland leben abseits der Städte und Ballungsgebiete.
2 Ihre Bedürfnisse werden zwar regelmäßig von der Politik artikuliert, jedoch ist
3 dafür in den vergangenen Jahren zu wenig passiert, egal ob es den Ausbau des
4 ÖPNV, die Daseinsvorsorge oder die soziale Teilhabe betrifft. Bündnisgrüne
5 Politik muss bei politischen Programmen verstärkt diese Lebensrealitäten in den
6 Fokus rücken, um den bereits vorhandenen (Demokratie-)Frustr der Menschen
7 abzubauen. Dies bedeutet konkret:
- 8 1. die Lebenswirklichkeit ländlicher Regionen und ihre Unterschiede zu
9 städtischen Regionen anerkennen und programmatisch berücksichtigen;
 - 10 2. Kampagnen zielgruppenspezifisch auf diese Bedürfnisse ausrichten;
 - 11 3. organisatorisch, finanziell und personell die Orts- und Kreisverbände aus
12 ländlichen Regionen gezielt stärken.
- 13 Zu 1. Die Lebenswirklichkeit ländlicher Regionen und ihre Unterschiede zu
14 städtischen Regionen anerkennen und programmatisch berücksichtigen
- 15 Die programmatischen Angebote bündnisgrüner Politik müssen ländliche Regionen
16 mitdenken und realistische Angebote für die hier lebende Bevölkerung machen. So
17 ist bspw. ein Deutschlandticket für Menschen in Regionen, in denen das einzige
18 verfügbare öffentliche Verkehrsmittel der drei Mal werktäglich verkehrende
19 Schulbus ist, kein sinnvolles Angebot. Ein weiteres Beispiel stellen Fragen der
20 grundlegenden Daseinsvorsorge, wie der Gesundheitsvorsorge, dar. So sind bspw.
21 notwendige Reformen der Krankenauslandschaft ohne neue Ideen und/oder Projekte
22 der medizinischen Versorgung, losgelöst von Sektorengrenzen, in bereits
23 unterversorgten – und häufig von älteren Menschen bewohnten – ländlichen
24 Regionen nicht sinnvoll. Der Eindruck, dass bündnisgrüne Politik alleine für ein
25 (groß-)städtisches Milieu gemacht wird, ist bereits vorhanden; dem gilt es,
26 programmatisch klar entgegen zu wirken und die Ausdifferenzierung klar
27 anzusprechen.
- 28 Zu 2. Kampagnen zielgruppenspezifisch auf diese Bedürfnisse ausrichten
- 29 Aktionen und Kampagnen dürfen nicht mehr nur im Vorfeld von Wahlen stattfinden,
30 sondern müssen die ländlichen Regionen ganzjährig im Blick haben und sich
31 stärker an deren ausdifferenzierteren Bedürfnissen orientieren.
- 32 Um den unterschiedlichen Bedürfnisse der Regionen gerecht zu werden, muss die
33 Basisarbeit unserer Partei verstärkt werden. Nur so können wir verstehen, welche
34 Themen die Menschen bewegen und mit ihnen ins Gespräch kommen. Die Kampagnen
35 müssen dieses Ziel unterstützen. Gleichzeitig braucht es die Präsenz
36 Bündnisgrünen Spitzenpersonals auch abseits der Wahlkämpfe in der Fläche.

37 Zu 3. organisatorisch, finanziell und personell die Orts- und Kreisverbände aus
38 ländlichen Regionen gezielt stärken

39 Die Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Regionen zeigen sich auch
40 in den organisatorischen, finanziellen und personellen Möglichkeiten der Orts-
41 und Kreisverbände. Um die ländlichen Regionen in den Fokus bündnisgrüner Politik
42 zu stellen, müssen die bündnisgrünen Strukturen in diesen Regionen deutlich
43 gestärkt werden. Dazu schlagen wir vor, dass alle Kreisverbände mit wenig
44 Mitgliedern und in ländlichen Regionen finanziell in die Lage versetzt werden,
45 eine Kreisgeschäftsstelle zu unterhalten und bei der Anstellung von
46 hauptberuflichen Geschäftsführer*innen bezuschusst werden. Die Kosten dafür
47 werden durch die Landesverbände im solidarischen Verbund getragen und
48 orientieren sich an der Mitgliederstärke der Kreisverbände, wobei mehr Geld bei
49 weniger Mitgliedern zur Verfügung gestellt wird.

Begründung

Die verlorenen Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg machen deutlich, dass bündnisgrüne Positionen in ländlichen Regionen keine Mehrheiten mehr finden und teilweise nicht mehr existent sind. Die unzähligen Gespräche während dieser Wahlkämpfe zeigen, dass das bündnisgrüne Angebot für ländliche Regionen unzureichend ist und die Lebensrealität der Menschen nicht mehr abbildet. Diskussionen über Deutschlandticket, E-Mobilität und Wärmepumpen sind klimaschutzrelevant, die subjektiven Probleme der Menschen liegen aber auch in anderen Themen.

Es braucht eine fundamentale Neuausrichtung der Unterstützung ländlicher Regionen und der Kommunikation unserer Botschaften, um die bündnisgrünen Ideen und Visionen direkt in die Gesellschaft zu tragen. Dies gilt umso mehr, wenn gerade kein Wahlkampf ist. Wir dürfen nicht anderen Akteuren die Erzählung über uns Bündnisgrüne überlassen, sondern müssen die Hoheit über unser kommunikatives Narrativ zurückgewinnen. Nur so können wir Ressentiments und offene Ablehnung bis hin zu Hass und Gewalt gegen uns eindämmen.